

24./XII 1917.

24  
91

## Die neue polnische Regierung.

Vom

Prinzen Franz Radziwill.

Unser Mitarbeiter Professor Dr. Ludwig Stein hatte eine Unterredung mit dem Prinzen Franz Radziwill, der mit den Mitgliedern des polnischen Regentenschaftsrats in enger Fühlung steht. Ihr Ergebnis hat der Prinz in der folgenden Darstellung zusammengefaßt.

Im Königreich Polen läßt sich eine neue Gestaltung der Parteiverhältnisse beobachten: der Regentenschaftsrat, der unerschütterlich auf der Grundlage des Altes vom 5. November 1916 und 12. September 1917 steht, zieht ständig größere Kreise der Gesellschaft an sich. Die Persönlichkeit des Erzbischofs im Regentenschaftsrat ist maßgebend für die Stellungnahme der Geistlichkeit. In denjenigen Kreisen, die noch vor kurzem sich passivistisch verhielten, kann man jetzt eine weitgehende Krisis beobachten, und zwar in den konservativen Kreisen. Die Schrecknisse und Greuelthaten der russischen Revolution, denen auch viele Polen, welche im westlichen Gebiete Rußlands zerstreut sind, zum Opfer fallen, überzeugt bisherige Passivisten, daß nur der schleunige Aufbau einer starken polnischen Armee und Regierung umstände ist, Polen vor der Anarchie von Osten zu bewahren und dadurch eine erspriessliche Entwicklung der Nation zu sichern. Diejenigen Gesellschaftskreise, die an dem Neubau des polnischen Staates treten, sind von einem aufrichtig demokratischen Geiste durchdrungen. Die politischen Rechte und die materiellen Güter der breitesten Volksschichten sind der Gegenstand der Fürsorge der polnischen Regierung und Gesetzgebung. Die polnische Nation ist sich dessen bewußt, daß heute nur eine zeitgemäße Einführung von Reformen im demokratischen Sinne solchen Symptomen, wie sie in Rußland auftreten, vorbeugen kann. Angesichts dieses Umstandes erscheint es uns unbegreiflich, daß hier und dort in der deutschen Presse Meinungen zum Ausdruck kommen, als ob Polen, in seiner Lage zwischen Mitteleuropa, das mit großen Schritten den sozialen Staatsformen entgegen-eilt, und Rußland, welches seit einigen Monaten den allernachteiligsten Tendenzen huldigt, zum Hort der verhassten Reaktion werden sollte.

Auf Grund naher und enger Beziehungen zu denjenigen Persönlichkeiten, deren Meinung und Wille demnächst bei dem polnischen Staatsbau maßgebend sein werden, trage ich nicht das geringste Bedenken, zu behaupten, daß der neu entstehende Staat der Freiheit, dem Fortschritt und der Demokratie rücksichtslos treu bleiben wird; ganz besonders aber herrscht die allgemeine Meinung, daß allen Bürgern des polnischen Staates ohne Unterschied der Konfession und Nationalität eine absolute Gleichberechtigung zukommt. Velder erschienen in der deutschen Tagespresse falsche Schlussfolgerungen über die Richtung der polnischen Politik, Schlussfolgerungen, die auf Grund einer irrtümlichen Auslegung verschiedener gesetzgeberischer Entwürfe entstanden sind, so z. B. bezüglich des vielbesprochenen Verfassungsprojektes. Zu diesem Punkte kann ich, abgesehen vom We- und den Einzelheiten des Verfassungsprojektes, nur sagen, daß überhaupt ein Projekt der polnischen Verfassung erst durch die zu schaffende polnische Regierung dem noch zu wählenden gesetzgebenden Körper vorgelegt werden wird; es ist daher jetzt zumindest vorzeitig, den Inhalt eines Verfassungsentwurfs ernstlich ins Auge zu fassen. Ganz besonders aber will ich hervorheben, daß die jüdische Frage, welche in Polen während der Russenzeit infolge von russischen Ausnahmegesetzen und angesichts des Unvermögens der Polen, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen, scharfe Formen anzunehmen drohte, in einem freien Polen nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung gelöst werden kann. Es ist dies gar nicht anders möglich.

In diesem Zusammenhange ist es von Interesse, zu erfahren, daß der bereits bestätigte und in sein Amt eingeführte Premierminister Aucharjewski im Jahre 1912 bei den Duma-Wahlen als Gegenkandidat der Konzentration der polnischen Parteien gegen den antisemitischen Kandidaten aufgestellt wurde. Wenn auch sein damaliges Programm in bezug auf die Judenfrage nicht ganz vorbehaltlos war, so ist dies auf die damalige Politik Rußlands in betreff der jüdischen Frage zurückzuführen, da, wie bekannt, Rußland böswilligerweise durch seine Ausnahmegesetze eine über-große Ansiedlung der Juden aus dem Innern des Reiches in Polen herbeiführte und die russischen Juden in Polen zum Teil als Russifikatoren auftraten. Da nun diese Erscheinung selbst-